

<https://tinyurl.com/3xh3u8k9> 5.7.2023 (Epoch Times)

WHO-Gesundheitsvorschriften: EU-Kommission verhandelt für Deutschland

Im Mai 2024 sollen auf der 77. Weltgesundheitsversammlung nicht nur ein neuer supranationaler WHO-Pandemievertrag, sondern auch eine Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) verabschiedet werden. Die Bundesregierung überlässt es der EU-Kommission, die deutschen Belange zu vertreten.

Bei den internationalen Verhandlungen der „Arbeitsgruppe zur Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften“ (WGIHR) bei der Weltgesundheitsorganisation WHO sitzt die Bundesrepublik Deutschland nicht mit einer eigenen Stimme mit am Tisch. Die Bundesregierung hatte ihre Interessenvertretung der Europäischen Kommission überlassen. Das geht aus einer Antwort des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dr. Rainer Rothfuß hervor:

Das Verhandlungsmandat für die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) wurde an die Europäische Kommission übertragen. Die Europäische Union (EU) hat mit allen Mitgliedstaaten gemeinsam eigene Änderungsvorschläge erarbeitet und vorgelegt.“ ([PDF](#))

Sabine Dittmar (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium und Verfasserin dieser Zeilen, verwies Rothfuß auf die bisher von der EU-Kommission unter dem Vorsitz Tschechiens in der [Arbeitsgruppe](#) eingebrachten Vorschläge zur Reform der IGV gemäß [WHO-Beschluss WHA75\(9\)](#). Sie finden sich als [PDF-Dokument](#) auf der Webseite der [„Delegation der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf“](#) oder auch in einer Zusammenstellung sämtlicher bisher eingereichter IGV-Änderungsvorschläge auf globaler Ebene ([PDF](#)).

Obwohl Deutschlands Stimme zur IGV-Reform und zum WHO-Pandemievertrag, also während der Ausarbeitungsphase nur über die EU-Kommission in einer internationalen Arbeitsgruppe beziehungsweise über das „Zwischenstaatliche Verhandlungsgremium“ zum Pandemievertrag zum Tragen kommt, hatte der Bundestag am 12. Mai 2023 mehrheitlich entschieden, der WHO generell mehr Geld und vor allem mehr Macht zu verschaffen.

BK: Antwort S. Dittmar als PDF im Anhang;

https://t.me/impfen_nein_danke/166719 8.7.2023 Kommentar:

Deutschland kann den WHO-Pandemievertrag damit nicht mehr ablehnen, die Zustimmung der EU reicht. Und die EU ist nur eine Arbeitsgruppe im Pentagon, wie auch die WHO und UNO. Damit ist die nächste Plandemie so sicher wie das Amen in der Kirche.

https://www.achgut.com/artikel/europaeische_gesundheits_union_neues_netzwerk_von_pfizer_und_co 5.7.2023

Europäische „Impf“-Union: Neuer Vertrag mit Pfizer

Eine EU-Behörde hat einen Vertrag mit vier Auftragnehmern (darunter Pfizer) für vier Impfstoff-Typen (darunter mRNA) unterzeichnet. Er soll „eine schnelle Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen gewährleisten“. Bis zu 325 Millionen Dosen pro Jahr sollen produziert werden können.

Sie machen einfach weiter, als wäre nicht geschehen. Anstatt die [verheerenden gesundheitlichen Schäden](#) aufzuarbeiten, die durch die Covid-Impfkampagne angerichtet worden sind, wird im Rahmen der Europäischen Gesundheitsunion nun ein „aktivierbares Netzwerk von Impfstoffherstellern“ eingeführt.

Wie einer [Pressemitteilung](#) der EU-Kommission vom 30. Juni 2023 zu entnehmen ist, ist mit „EU FAB“ ein Netzwerk von Unternehmen initiiert worden, das bei „Notlagen der öffentlichen Gesundheit“ in kurzer Zeit Vakzine zur Verfügung stellen kann.*

Bis zu 325 Millionen Impfstoffdosen pro Jahr sollen produziert werden können. Finanziert wird das Netzwerk von der Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (European Health Emergency Response Authority, kurz: HERA) sowie der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (Health and Digital Executive Agency, kurz: HaDEA) mit insgesamt 160 Millionen Euro pro Jahr.

EU-Binnenmarkt- Kommissar Thierry Breton begrüßte den Vorstoß und sagte: „Dieses großartige Projekt wird die industriellen Kapazitäten der EU stärken, dafür sorgen, dass wir auf künftige Pandemien reagieren können und die strategische Autonomie der EU stärken.“

Etwas irritierend ist, dass die Mitteilung zwar auf der deutschsprachigen Seite der EU-Kommission, jedoch nicht auf der [englischsprachigen Hauptseite](#) zu finden ist (Stand 3. Juli, 15 Uhr). Hier muss man erst [die Unterseite](#) von HaDEA suchen, um an die entsprechende Information zu gelangen.

Dort stößt man dann auf die Schlagzeile: „EU4Health-Rahmenvertrag unterzeichnet, um eine schnelle Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen zu gewährleisten“. Laut Pressemitteilung hat die HaDEA im Namen von HERA einen Vertrag mit vier Auftragnehmern aus Belgien, den Niederlanden, Spanien und Irland für verschiedene Impfstofftypen (mRNA-basierte, vektorbasierte und proteinbasierte) unterzeichnet.

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bundesregierung-beschliesst-meldepflicht-fuer-erkaeltungskrankheit-a4326244.html>

4.7.2023

Bundesregierung beschließt Meldepflicht für Erkältungskrankheit

Eine Neufassung des Infektionsschutzgesetzes soll am Freitag den Bundesrat passieren. Die Ampelkoalition begründet ihren Vorstoß mit einer Verbesserung der Datenlage, um eine Überlastung des Gesundheitssystems rechtzeitig erkennen zu können.

Die Ampelkoalition hat die Meldepflicht für das Respiratorisch Synzytial Virus (RSV) auf den Weg gebracht. Das berichtet die Ärztezeitung. Eine entsprechende Änderung des Infektionsschutzgesetzes hat der Bundestag bereits Mitte Juni verabschiedet. Den Bundesrat soll das Gesetz am Freitag, 7. Juli, passieren.

Weitere Gesetze im Paket beschlossen

Nachdem Vakzine gegen das Virus in Europa zugelassen worden seien, schafften die Regierungsfaktionen nun die Voraussetzungen für eine Impfstrategie, so die „Ärztezeitung“ weiter.

Mit Einführung einer Meldepflicht sind Ärzte aufgefordert, mit RSV infizierte Menschen namentlich den jeweils zuständigen Gesundheitsbehörden zu melden.

Mit dem Antrag zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes wollen die Regierungsfaktionen auch ein Arzneimittelengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVVG) beschließen.

RSV spielt Rolle bei internationaler Gesundheitsüberwachung

Die Meldepflicht solle aber auch den öffentlichen Gesundheitsdienst dazu befähigen, „zielgerichtet und frühzeitig Ermittlungen und Maßnahmen vor Ort durchzuführen und zu ergreifen, um ein Ausbruchsgeschehen einzugrenzen und weitere Verbreitung zu verhindern“.

Aus der Antragsbegründung geht laut „Ärztezeitung“ auch hervor, dass die Ampelfaktionen die Zulassung mehrerer RSV-Impfstoffe in absehbarer Zeit für möglich halten. Die neuen Meldedaten wären daher für die Beurteilung der Vakzine sowie die Ausrichtung von Impfstrategien „hilfreich“.

RSV gewinne als der häufigste Atemwegserreger bei Kleinkindern und wegen des Fortschritts in der Impfstoff- und Prophylaxe-Entwicklung zunehmend an Bedeutung bei der internationalen Gesundheitsüberwachung.

Immunität von Babys durch Impfung schwangerer Frauen

Ein Weg, mit dem diese Folgen ausgeschlossen werden sollen, sind Impfungen von Schwangeren. Denn nur während der Schwangerschaft könne garantiert werden, dass ein Baby noch keinen Kontakt mit einem RS-Virus hatte. Schwangere Frauen seien daher eine große Zielgruppe kommender Impfungen. Dies zeigten Zulassungsstudien von Pfizer, Moderna, Glaxo-Smith-Kline und Novavax, so der Verein mit Verweis auf eine Übersicht.